Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 184. **Sonnabend** den 3. Juli 1886. **80. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 4. Juli,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Schleußenbaues wird
die **Poststraße**
von **Montag den 5. Juli d. J.** ab auf die Dauer der Arbeiten
für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, den 29. Juni 1886.
Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 6895. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Rohrlegungsarbeiten wird der **Löhrsplatz**
von **Montag, den 5. dieses Monats ab** auf die Dauer der etwa 6 Tage in Anspruch nehmenden Arbeiten **für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**
Leipzig, am 2. Juli 1886.
Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 6961. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die unterm 29. Mai dss. Jhrs. von uns ausgeschriebenen Arbeiten für die Herstellung des Verwaltungsgebäudes, der Beamtenhäuser und des Pförtnerhauses des **neuen Schlacht- und Viehhofes** sind vergeben und werden die nicht berücksichtigten Herren Bewerber ihrer Angebote entlassen.
Leipzig, am 1. Juli 1886.
Ia. 3865 743. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr Georgi. Gringmuth, Ass.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner
Herr Adolf Henschkel,
Münzgasse Nr. 7,
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.
Leipzig, den 1. Juli 1886.
Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 2922. Dr. Georgi. Wolfram.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im **Stadthause**
Montag, den 5. Juli a. c.,
Vormittags von 9 Uhr an
eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten 2c. meistbietend versteigert werden.
Leipzig, den 1. Juli 1886.
Das Armen-Amt.
Ludwig-Wolf. Junghähnel.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von
30 Ctr. **Petroleum,**
6000 „ ca. guter, schlackenfreier **Pechsteinkohle**
600 „ ca. böhmischer **Braunkohle** bester Qualität,
für das Winterhalbjahr 1886/87 für das Königliche Landgericht und die Königliche Staatsanwaltschaft Leipzig hier, soll unter den bei der Gerichtscasse des Landgerichts — Hochparterre, Zimmer Nr. 26 — ausgehenden Bedingungen und mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietenden vergeben werden.
Angebote sind bis zum
12. Juli dieses Jahres
schriftlich einzureichen.
Leipzig, den 2. Juli 1886.
Königliches Landgericht.

Nichtamtlicher Theil.

General Boulanger.

Als General Boulanger Kriegsminister wurde, wußte man von ihm nicht viel mehr, als daß er in Tunis bei Gelegenheit eines Subordinationsvergehens eines Officiers sehr schroff aufgetreten und die Grenzen zwischen der Militair- und Civilgewalt zum Nachtheil der letzteren überschritten hatte. Die Stimmen über sein damaliges Auftreten waren getheilt, aber bei den Radicalen fand er ungetheilten Lob, besonders war es Clemenceau, welcher seine Blicke auf den General lenkte. Dieser Parteiführer war es auch, welcher den Eintritt Boulanger's in das Ministerium Freycinet bewirkte, unter dieser Bedingung wollte er demselben bis zu einem gewissen Grade seine Unterstützung leihen. Freycinet hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, die Einigung aller Republikaner zu erreichen, und hat erst noch neulich durch die Erinnerung an dieses Ziel einen Theil der republikanischen Senatoren, welche eigentlich mit der Ausweisungsmaßregel nicht einverstanden waren, auf seine Seite gebracht. Nur die Rücksicht auf die Einigkeit der Republikaner aller Parteifärbungen hat das Abstimmungsergebniß vom 22. Juni ermöglicht; hätten die Senatoren lediglich ihre persönliche Ueberzeugung zu Rathe gezogen, dann wäre die Abstimmung wahrscheinlich wesentlich anders ausgefallen.

Auch der Kriegsminister Boulanger ist eifrig bemüht, die Armee im republikanischen Sinne zu reformiren, und den Anfang mit dieser Thätigkeit machte er, als er die in Tours stehende Cavalleriebrigade in eine andere Garnison versetzte. Die Maßregel machte damals viel böses Blut, und besonders wurde dem General entgegengehalten, daß es ein sehr bedenkliches Ding sei, die Politik in die Reihen der Armee zu tragen. Bis dahin war es stillschweigendes Uebereinkommen gewesen, daß die Politik von der Armee möglichst fernzuhalten sei, und aus diesem Grunde kostete es auch vor drei Jahren so große Mühe, die Mehrheit des Senats für die Versetzung des Herzogs von Chartres in Inactivität zu gewinnen. Nach dem ganzen Entwickelungsgange, welchen Frankreich seit hundert Jahren genommen hat, ist es ganz natürlich, daß in der Armee alle Parteien vertreten sind, die republikanische sowohl, wie die bonapartistische und die orleanistische, endlich auch die socialistische und die anarchistische. Das beste Mittel, alle diese politischen Parteiunterschiede auszugleichen, ist offenbar eine strenge rücksichtslose Disciplin, und General Boulanger giebt sich auch den Anschein, als ob er sich dieses Mittels allein bedienen wollte; nur müßte er dann auch für seine Person sich von allem Parteigetriebe vollständig fernhalten. Das thut er aber durchaus nicht, im Gegentheil ist er bemüht, bei jeder Gelegenheit nicht nur seine republikanische, sondern sogar seine radicale Gesinnung an den Tag zu legen. Wie könnte er sonst Aussprüche thun, wie den, daß die Soldaten nach seinem Wunsche ihre Suppe mit den streikenden Arbeitern in Decazeville theilen sollten. Auf der einen Seite rücksichtslose Mannszucht halten, auf der anderen den militairischen Zusammenhang auflösende Reden führen, verträgt sich schlecht mit einander.

Durch die Ausweisungsmaßregel ist die Armee wieder nicht unbedeutend in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Niederlegung des Vorsitzes im Verein zur Pflege verwundeter und kranker Soldaten, welchen der Herzog v. Nemours bisher geführt hatte, hat sogar eine Sympathiekundgebung für den ausscheidenden Vorsitzenden zur Folge gehabt, der Verein hat den Herzog zum Ehrenpräsidenten ernannt. Das ist eine sehr beachtenswerthe Thatsache, welche beweist, daß die Ueberlieferungen der Vergangenheit noch sehr lebendig sind in der Armee. Solche Gefühle bedürfen der Schonung, wenn man den Geist der Auflehnung von der Armee fernhalten will. Die Ausweisungsmaßregel ist von beiden Kammern genehmigt, also ist daran nichts zu ändern, und auch die Armee wird sich den Folgen derselben fügen, aber gerade in so erregter Zeit, wie die gegenwärtige, erscheint es angezeigt, daß der Kriegsminister in anderer Beziehung doppelt schonend und vorsichtig verfährt. General Boulanger thut aber genau das Entgegengesetzte, er verletzt durch die Schroffheit seines Auftretens nicht nur die Anhänger der Monarchie in der Armee, sondern auch die erklärten Republikaner, wie den Gouverneur von Paris, General Saussier. Durch den Tadel, welchen er diesem verdienten und ungewöhnlich befähigten General zu Theil werden ließ, und die strafweise Versetzung seines Stabschefs Boussenard wurde eine Lage geschaffen, welche dem Kriegsminister nichts weniger als günstig ist. Er hat sich deshalb genöthigt gesehen, der öffentlichen Meinung ein Zugeständniß zu machen, welches seiner Autorität in der Armee nur schaden kann. Der Ministerrath hat das Entlassungsgesuch des Generals Saussier einstimmig abgelehnt, und Boulanger ging soweit, den General Saussier schriftlich zu ersuchen, daß er auf seinem Posten verbleiben möge. Das wird aber kaum geschehen; denn General Saussier wird verlangen, daß man ihm seinen Stabschef zurückgiebt, und das kann Boulanger nicht, ohne sein Ansehen in der Armee vollständig zu untergraben.

Die Fehler, welche General Boulanger begangen hat, fallen jetzt auf ihn selbst zurück, das Mißtrauen ist gegen ihn rege geworden, daß er persönliche Pläne auf Kosten der Interessen der Gesammtheit verfolgt, und deshalb werden jetzt alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ihn zu Falle zu bringen. In der Kammersitzung vom 1. Juli ist er mit genauer Noth dem Schicksal entgangen, ein Mißtrauensvotum zu erhalten. Nur elf Stimmen über die Hälfte der Deputirten haben es ihm ermöglicht, auch in Zukunft fremden Hafer für die Bedürfnisse der Armee anzukaufen, andernfalls würde ihm der Vorwurf nicht erspart worden sein, die französische Landwirthschaft geschädigt zu haben. Schon daß solche Dinge überhaupt in der Kammer zur Sprache gebracht werden, ist ein Beweis, daß die Feinde des Kriegsministers seinen Sturz herbeiführen wollen, und er wird großer Geschicklichkeit bedürfen, um ihm zu entgehen. Auch das wird ihm sehr verdacht, daß er den General Courcy wegen Veröffentlichung eines Schreibens in den öffentlichen Blättern getadelt hat, er entfremdet sich dadurch allmälig einen großen Theil der Generalität. General Schmitz, General Saussier, General Boussenard, General Courcy — die Reihe der Feinde verlängert sich immer mehr, bis der Rücktritt Boulanger's nicht mehr zu vermeiden ist.

Im französischen Interesse liegt es sicherlich, daß der zersetzenden Thätigkeit des Generals Boulanger ein baldiges Ziel gesetzt wird, aber der General hat auch mächtige Freunde und in erster Linie Clemenceau. Für alle Fälle bleibt ihm die Freundschaft der Communisten und Socialisten, sie werden ihm den Ausspruch, den er in Bezug auf die streikenden Arbeiter in Decazeville gethan, niemals vergessen. *

Leipzig, 3. Juli 1886.

* Bei den Socialdemokraten ist nicht Alles so, wie die äußere Einigkeit vermuthen ließe. In der Partei gährt es und auch dort spielt der Kampf ums Dasein der Einzelnen eine wichtige Rolle. Man wird sich erinnern, daß die Leiter des zu ziemlicher Bedeutung innerhalb des Gewerks gelommenen Organs „Der Bauhandwerker", der Regierungsbaumeister Kegler und Maurer Wilke aus Berlin, ausgewiesen worden sind. Daß der momentane Verlust der Organisatoren nicht vortheilhaft auf die Verhältnisse des Blattes einwirken kann, ist augenscheinlich, es hat deshalb auch in den letzten Wochen einige Male den nominellen Besitzer gewechselt. Nun sollte man aber meinen, daß die Parteigenossen den „Bauhandwerker" die Krise überwinden helfen, allein weit gefehlt. Die Hamburger „Genossen" benutzen die Gelegenheit und gründen schleunigst einen „Neuen Bauhandwerker", welcher im Verlage von Dietz erscheint. Darob großes Geschrei im Berliner Lager. Wir brauchen auf die Episode nicht näher einzugehen. Die Handlungsweise der „Genossen" sollte nur niedriger gehängt werden, damit sich jeder ein Bild von der Brüderlichkeit im socialdemokratischen Staate machen kann. Die Einkünfte des alten „Bauhandwerker" flossen bisher in die Agitationscasse der Berliner Maurer.

* Der ausgewiesene Reichstagsabgeordnete Singer beabsichtigt zunächst eine Rundreise durch Deutschland zu machen, um die Verhältnisse der socialdemokratischen Partei überall an Ort und Stelle eingehender kennen zu lernen. Als ihm auf dem Polizeipräsidium die Ausweisungsordre vorgelesen wurde, wurde Herr Singer befragt, ob er Zeit und Ort seiner Abreise vor seinen Parteigenossen geheim halten werde, worauf er erwiderte, daß er selbstverständlich keine Veranlassung habe, sich gewissermaßen „wie ein Dieb in der Nacht" aus Berlin fortzuschleichen. Er könne also keine Garantie dafür übernehmen, daß nicht einige von seinen Bekannten ihm das Geleit geben würden. Ebenso wenig war Herr Singer in der Lage, dem Polizeipräsidium angeben zu können, wohin er sich zunächst zu wenden gedenkt. (Darüber wird die Polizei sich aber auf andere Weise genügende Kenntniß zu verschaffen wissen.)

* Die freiconservative „Post" richtet an die Adresse des Herrn von Kleist-Retzow und von Hammerstein die folgende Auslassung:

Herr von Kleist-Retzow hat weder dem Herrenhause noch der evangelischen Kirche einen Dienst dadurch erwiesen, daß er die Verhandlung und Beschlußfassung über seinen mit dem Hammerstein'schen gleichlautenden Antrag noch in letzter Stunde herbeiführte. Schon äußerlich war es dieser Körperschaft kaum würdig, in Hast und vor trotz der geringen zur Beschlußfähigkeit erforderlichen Zahl kaum beschlußfähigem Hause eine solche Frage zu erörtern. Diese Bedenken mußten sich verstärken, als nicht blos der Cultusminister fernblieb, sondern auch die andern Minister sich entfernten. Es liegt auf der Hand, daß ein unter solchen Umständen gefaßter Beschluß jeder praktischen Bedeutung entbehrt und nur dazu dienen kann, die Autorität des Herrenhauses zu compromittiren. Letzteres ist um so bedenklicher, als das Herrenhaus ohnehin Mühe hat, sich die ihm als gleichberechtigtem Factor der Gesetzgebung gebührende Geltung in Wirklichkeit überall zu verschaffen.

Einen schlimmeren Dienst noch als dem Herrenhause hat aber Herr v. Kleist-Retzow der evangelischen Kirche geleistet. Indem er die extremsten bisher über die Organisation der evangelischen Kirche hervorgetretenen Auffassungen sich nicht nur aneignete, sondern sie mit der beinahe unglaublichen Forderung der Erziehung der künftigen Theologen in Convicten und Seminaren nach dem Muster der römisch-katholischen noch überbot, ruft er die romanisirenden Bestrebungen, welche Herr v. Rauchhaupt abzuwiegeln bestrebt war, wieder wach. Diese romanisirenden Bestrebungen charakterisirt Probst Frhr. von der Goltz treffend mit folgenden Worten:

„In den äußeren Erfolgen Roms liegt heute die Gefahr, daß das Gelüste erwacht, das römische Kirchenwesen im Interesse hierarchischer Tendenzen nachzubilden, zumal heute unsere Kirche etwas früher eine vom Staat unabhängigere Stellung und Organisation gewonnen hat. Wir haben eben nicht den katholischen Kirchenbegriff und wollen ihn nicht haben. Den lüsternen Blick auf römische Machtmittel halte ich für eine Versuchung, der ebenso bestimmt zu widerstehen gelehrt werden muß, wie der Herr in der Wüste die verlockenden Anerbietungen des Versuchers zurückgewiesen hat."

Sie bedenken in der That den Abfall von dem evangelischen Geiste, der etwaige Sieg nicht nur die äußere Zertrümmerung, sondern die völlige innerliche Verkümmerung der evangelischen Kirche. Sie heißen nichts anderes, als die in der evangelischen Freiheit beruhenden Wurzeln der Kraft des Protestantismus vernichten, um einer kirchlichen Ordnung nachzujagen, welche im besten Falle eine Caricatur der Papstkirche ist, indeß auch nicht entfernt die dieser aus ihrer Organisation entspringende Stärke erlangen kann, weil ihr die dogmatische Grundlage für diese äußere Gestaltung fehlt.

Dies ist die eine Seite der Sache. Die andere aber ist die, daß es die Pferde geradezu hinter den Wagen spannen heißt, wenn man von der Regierung legislative und materielle Förderung der evangelischen Kirche verlangt und dazu ein Mittel wählt, das von der Regierung als ein Stoß gegen die von ihr in der allgemeinen Politik eingeschlagene Richtung empfunden werden muß.

Daß dies in der That so ist, beweist das Verhalten der Mitglieder des Staatsministeriums, welche in höchst bezeichnender Weise das Herrenhaus verließen, als die Berathung begann. Es war von dem Grafen Schulenburg nicht als naiv, diesen Vorgang dahin aufzufassen, daß die Regierung den Antrag ad referendum nehme; es war im Gegentheil beschlossen, in diesem Falle das gänzlich ablehnende Verhalten der Regierung in der denkbar drastischsten Weise durch völlige Abwesenheit eines Vertreters der Regierung bei der Berathung zu documentiren. Selbst, wenn nur nicht bestimmt wüßten, daß dies der Sinn des Fortbleibens bez. Fortbleibens der Minister war, so wäre es aus analogen Vorgängen, z. B. der Polendebatte im Reichstage, mit Sicherheit zu schließen gewesen. Wie sollte es auch anders bezüglich einer parlamentarischen Action sein, deren geistiger Vater Herr Bräel, deren Pathe Herr von Hammerstein und deren Hauptgönner Herr Windthorst ist! Wir fürchten, daß unter der Verquickung mit römelnden und hierarchischen Tendenzen und politischen Momenten der bezeichneten Art auch die Aussichten auf Erfüllung berechtigter Forderungen der evangelischen Kirche, wie sie namentlich auf materiellem Gebiete unleugbar bestehen, sehr stark geschmälert sind. Und zwar beruht diese Befürchtung nicht etwa auf bloßen Vermuthungen, sondern auf ganz bestimmter thatsächlicher Unterlage. Wenn Einleitungen, welche in dieser Hinsicht bereits getroffen waren und trotz der sich entgegenstellenden Schwierigkeiten Hoffnung auf Erfolg boten, jetzt scheitern, so hat die evangelische Kirche und ihre Geistlichkeit sich bei den Herren v. Hammerstein und v. Kleist-Retzow zu bedanken. Will letztere die Interessen der evangelischen Kirche durch den Staat wirklich gefördert sehen, so wird sie, um mit Probst v. d. Goltz zu reden, die Lockungen dieser Verführer ernstlich zurückweisen müssen!

* Die „Augsburger Abendzeitung" schreibt: „Die „Freisinnige Zeitung" des Herrn Eugen Richter in Berlin hat sich bekanntlich dem ultramontanen Pronunciamento gegen das Ministerium Lutz angeschlossen. Darüber war man nirgends erstaunt. Eugen Richter ist den Ultramontanen für geleistete Wahlhilfe zum größten Dank verpflichtet, will sich fernerer ultramontaner Unterstützung würdig erweisen und handelt nur consequent, wenn er, der gegen die Reichsverfassung stimmte, den Minister Lutz, welcher Bayerns Eintritt in das Reich vermittelte, zu beseitigen und einen Mann ins Amt zu bringen sucht, der Bayerns Eintritt in das Reich bekämpfte. Bemerkenswerth ist es aber, daß keiner der in unserer Abgeordnetenkammer sitzenden Parteigenossen des Herrn Richter der von ihrem Meister ausgegebenen Parole zu folgen für gut fand."

* Wenn die deutschfreisinnige Presse sich über die Annahme des preußischen Herrenhausbeschlusses bei der westfälischen Kreisordnung ereifert, so thut sie gut, die Präsenzliste ihrer Partei bei dieser Abstimmung zu studiren. Von ihren 42 Mitgliedern fehlten nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht 19, also fast die Hälfte, darunter nicht weniger als 9 ohne Entschuldigung. Der fragliche Beschluß ist bekanntlich nur mit 2 Stimmen Mehrheit gefaßt worden. Warum hat denn die deutschfreisinnige Partei nicht für eine bessere Besetzung ihrer Bänke gesorgt, wenn ihr die Sache so sehr am Herzen lag?

* * *

* Der ungarische Ministerpräsident Koloman Tisza ist in Wien angelangt. Der officielle Zweck seiner Reise ist, dem Kaiser, ehe dieser für längere Zeit Wien verläßt, über eine Reihe laufender Regierungsgeschäfte Bericht zu erstatten. Gleichzeitig dürfte Herr v. Tisza mit den österreichischen Ministern über den Zeitpunct, in welchem die Erneuerung der Ausgleichsverhandlungen stattfinden soll, Rücksprache pflegen.

* Ueber die Eindrücke, welche Großfürst Wladimir und dessen Gemahlin auf der Reise durch die Ostseeprovinzen empfangen haben, äußern sich die Berichte des publicistisch thätigen Kammerherrn Slutschewsky fast überschwänglich. Unumwunden erklärt er die Loyalität der baltischen Provinzen für größer, als es vielleicht auf den ersten Blick scheint, und nennt die von dort stammenden russischen tapferen Generale, Staatsmänner und Gelehrten den Stolz des russischen Volkes. Der Adel sei stets seinem Eide treu. Weiter rühmt er die hohe Cultur der Provinzen, welche sie scharf von den benachbarten russisch-polnischen trennt. So lange die Bewohner zusammenhalten, werden sie, seiner Meinung nach, in wirthschaftlicher wie in socialer Beziehung stets ihr angestrebtes Ziel erreichen. Von der Reise des Großfürstenpaares hofft er großen Nutzen. Die erprobte Anhänglichkeit der Balten an das Kaiserhaus müsse auch auf deren Beziehungen zu dem russischen Volke eine Rückwirkung ausüben, und vergeblich seien die Bemühungen, dort Mißverständnisse hervorzurufen, wo nur Wohlwollen und Vertrauen herrschen und herrschen müßten. Weit weniger rosig sieht man die Lage in den deutsch-baltischen Kreisen selbst an. Als Ergebniß des Besuches des Großfürsten, so argumentirt man dort, ist höchstens zu erwarten, daß die Russificirung ihres bisherigen religiösen, aller Toleranz zuwiderlaufenden Charakters entkleidet wird. Der jüngste Beweis für die ungeschwächte Fortdauer der Russificirung der deutschen Schulen ist die soeben angeordnete Schließung der seit hundert Jahren bestehenden Kreisschule in Riga behufs Umwandlung in eine russische Anstalt; wie wenig Bedürfniß dafür vorhanden ist, kann man daraus ersehen, daß die Anstalt im letzten Halbjahre unter 325 Schülern nur sieben Russen zählte. In Kurland ist Kapustin bemüht, die aus Littauen stammenden Schüler von den deutschen Schulen fernzuhalten. Die Auswanderung selbst bemittelter Letten ins Innere, namentlich nach den den Ostseeprovinzen benachbarten Gouvernements von Smolensk, Witebsk, Pleskau, ist in stetiger Zunahme begriffen.

* Aus London wird der „Nationalzeitung" vom 30. Juni geschrieben:

„Die neue auch vielleicht zu weitgehenden Besorgnisse, die man in manchen hiesigen Kreisen wegen der Verschlechterung der russisch-türkischen Beziehungen hegt und welchen es nur Vorschub leisten kann, wenn man täglich von militairischen und maritimen russischen Vorkehrungen liest, hat begreiflicherweise durch die offizielle Sprache, die nun an der Newa geführt wird, neue Nahrung erhalten, daß Rußland seine Separataction beabsichtige, wird übrigens in dem Artikel des „Journal de St. Petersbourg" rund heraus gesagt. Eine solche wird auch in ernsten politischen Kreisen nicht befürgt, vielleicht weniger aus Vertrauen zu den Absichten Rußlands als in der Ueberzeugung, daß Rußland allein nichts unternehmen könne. Bemerkte es doch jüngsthin einen Verbündeten zu finden; und wenn französische Blätter in dasselbe Horn stoßen, wie die russischen, so drückt sich darin nur aus, daß man es der Seine vielleicht gern sehen möchte, wenn Rußland zu einer Action schritte, nicht aber, daß man die Lust habe, mitzuthun. Gerade aber, weil man wahrnimmt, daß es hauptsächlich die Unmöglichkeit einer Action ist, die Rußland von einer solchen abhält, sieht man sich überall veranlaßt, ein wachsames Auge auf Rußland und nicht auf Rußland allein zu haben, um nicht von etwaigen Constellationen überrascht zu werden, die Rußland doch die Möglichkeit für ein actives Vorgehen bieten könnte. Daß ein Staat, der gerne zu einer Action schreiten würde, durch die Machtverhältnisse hieran gehindert ist, bietet allerdings eine nicht zu unterschätzende Bürgschaft für den Frieden. Wir sehen dies am besten an Frankreich. Allein es ist immer etwas Unheimliches, mit einem Staate rechnen zu müssen, der den Aerger über die Unmöglichkeit einer Action nicht zu unterdrücken vermag. Nachdem man in St. Petersburg ungeachtet aller nothgedrungen nur sehr allgemein gehaltenen Phrasen über die Verletzung europäischer Beschlüsse seitens Bulgariens auch nicht zu dem leisesten Rechtsbruch für eine Action zu gelangen vermochte, ist man nun stürkischer als der Türke selbst. Es ist aber begreiflich, daß die Harangirung der Pforte am Bosporus nicht verfangen kann. Man hat dort die Moskauer Ansprachen nicht vergessen. Und wenn man die Thronrede des Fürsten Alexander auch mit der Lupe prüft, so vermag man in derselben noch lange nichts zu finden, das halbwegs so verletzend für die Rechte der Pforte wäre, wie die Anreden des Moskauer Stadthauptes und Metropoliten an den Zaren. In diesen ließ sich ja Kaiser Alexander unverblümt den Wunsch nach Eroberung Konstantinopels vortragen. Je mehr man alle die der Newa gegen den Fürsten Alexander eifert, desto fester muß naturgemäß der Freundschaftskitt werden, welcher den Sultan mit dem Fürsten Alexander verbindet. Man betrachtet zwar längst am Bosporus Südbulgarien als einen verlorenen Posten, aber man weiß, daß es an diesem ein Freund Wache hält, der im eigenen Interesse Ursache hat, dies zu thun und läßt sich daher zu nichts bewegen, daß die Stellung dieses Freundes zu Gunsten des unter der Maske der Verfechtung türkischer Rechte auftretenden Gegners erschüttern könnte."

* Die am Montag durch eine Deputation dem Fürsten von Bulgarien überreichte Adresse der Sobranje hat folgenden Wortlaut:

Die Vertreter des bulgarischen Volkes sind glücklich, heute, nach vollbrachten großen historischen Ereignissen, dem Fürsten die wahren Gesinnungen, von welchen die ganze Nation erfüllt ist, auszudrücken zu können; denn nachdem Nord- und Süd-Bulgarien unter dasselbe Scepter gestellt sind, so vereinigt die erste National-Versammlung die Vertreter beider bulgarischer Länder. Wir theilen die Gefühle der Erkenntlichkeit Eurer Hoheit gegen die Nation, die sich wie Ein Mann zur Mitwirkung an der Union und zur Vertheidigung des Vaterlandes erhob, sowie auch gegen die tapferen bulgarischen Soldaten, die mit beispielloser Bravour und Selbstverleugnung unter der wackeren Führung des Fürsten den Feind besiegten und siegreich in dessen Gebiet eindrangen. Der Eifer, den das bulgarische Volk bekundete, um sein Ideal zu erreichen und die Ehre, Freiheit und Integrität des Gebietes zu vertheidigen, seine Entschlossenheit zu allen Opfern und die ruhmwürdigen Thaten unserer jungen Armee bilden eine glänzende Seite in unserer modernen Geschichte. Es ist das ein Beweis, daß unsere Armee im Stande ist, das Land zu vertheidigen. Mit ungeheurer Freude sah die Nation ihren sehr geliebten Souverain als tapferen Führer der Armee das Land vertheidigen, bereit und bereit, zu sterben für den Ruhm, die Ehre und Unabhängigkeit des geeinigten Vaterlandes. Mit gleicher Freude vernahm die Nationalvertretung die Worte Euer Hoheit, mit welchen constatirt wurde, daß die lange erwartete und aufrichtig ersehnte Union beider Bulgarien bereits vollzogen ist. Sie ist von der tiefen Ueberzeugung durchdrungen, daß unter der geschickten und erleuchteten Leitung ihres sehr geliebten Fürsten und der Regierung alle Mittel zur Anwendung kommen werden, damit Nord- und Süd-Bulgarien für immer ein dauerhafter, unantheilbarer politischer Körper bleiben. Das bulgarische Volk hat den Sympathien der civilisirten Welt stets einen großen Werth beigelegt; es sieht mit Freude, daß es diese Sympathien erlangte und setzt für die Zukunft volles Vertrauen in die Humanität und Großmuth der